

23 Schlußworte von Hermann Göring und Rudolf Heß vor dem IMT Nürnberg 1946

Auszug aus dem Schlußwort des Angeklagten Hermann Göring vor den Urteilsprüchen des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg 1946:

„Ich habe niemals, an keinem Menschen und zu keinem Zeitpunkt einen Mord befohlen und ebensowenig sonstige Grausamkeiten angeordnet oder geduldet, wo ich die Macht und das Wissen gehabt hatte, solche zu verhindern. Für die von Herrn Dodd in seinem Schlußplädoyer neu aufgestellte Behauptung, ich hätte Heydrich befohlen, die Juden zu töten, fehlt es an jedem Beweis; sie ist auch nicht wahr. Es gibt nicht einen einzigen von mir oder in meinem Auftrag Unterzeichneten Befehl, daß feindliche Flieger erschossen oder dem SD übergeben werden sollten. Es ist auch kein einziger Fall festgestellt, wo Einheiten der Luftwaffe derartiges ausgeführt hätten...

Ich habe keinen Krieg gewollt oder herbeigeführt, ich habe alles getan, ihn durch Verhandlungen zu vermeiden. Als er ausgebrochen war.; tat ich alles, um den Sieg zu sichern. Da die drei größten Weltmächte mit vielen anderen Nationen gegen uns kämpften, erlagen wir schließlich der gewaltigen Übermacht. Ich stehe zu dem, was ich getan habe. Ich weise aber auf das Entschiedenste zurück, daß meine Handlungen diktiert waren von dem Willen, fremde Völker durch Kriege zu unterjochen, zu morden, zu rauben oder zu versklaven, Grausamkeiten oder Verbrechen zu begehen! Das einzige Motiv, was mich leitete, war heiße Liebe zu meinem Volk, sein Glück, seine Freiheit und sein Leben. Dafür rufe ich den Allmächtigen und mein deutsches Volk zum Zeugen an“ (P. Dehoust 1984).

Schlußworte von Rudolf Heß: *„Ich verteidige mich nicht gegen Ankläger, denen ich das Recht abspreche, gegen mich und meine Volksgenossen Anklage zu erheben. Ich setze mich nicht mit Vorwürfen auseinander, die sich mit Dingen befassen, die innerdeutsche Angelegenheiten sind und daher Ausländer nichts angehen. Ich erhebe keinen Einspruch gegen Äußerungen, die darauf abzielen, mich oder das ganze deut-*

sche Volk in der Ehre zu treffen. Ich betrachte solche Anwürfe von Gegnern als Ehrenerweisungen. Es war mir vergönnt, viele Jahre meines Lebens unter dem größten Sohne zu wirken, den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat. Seihst wenn ich es könnte, wollte ich diese Zeit nicht auslöschen aus meinem Dasein. Ich bin glücklich zu wissen, daß ich meine Pflicht getan habe, meinem Volk gegenüber - meine Pflicht als Deutscher, als Nationalsozialist, als treuer Gefolgsmann des Führers. Ich bereue nicht! Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen: Ihm werde ich mich verantworten, und ich weiß, Er spricht mich frei!" (W. Heß 1989).

Am Abend vor seiner Hinrichtung schrieb der Generaloberst Jodl an seine Frau: *„Bleib Du nur hier in Nürnberg! Grüß die Lieben, die um Dich sind, sie sollen stolz sein wie Du, mich nicht bedauern, sondern sich mit mir freuen. Und wenn am Tage nach meinem Tode sie um Dich sind, dann wird das wie eine Trauerparade sein. - Auf einer Lafette steht mein Sarg, und alle deutschen Soldaten marschieren mit, voraus die Toten, dahinter die Lebenden“* (D. Irving 1979).

23 Einige der heutigen Stimmen

Zu Beginn der Wiedergabe deutscher Stimmen soll eine völlig aus dem Nachkriegsrahmen fallende stehen, die mit Eberts Begrüßungsworten der deutschen Soldaten nach dem Rückmarsch 1918 vergleichbar ist, das Hirtenwort Kardinal Faulhabers vom 10.5.1945: *„Geliebte Diözesanen! Wir werden unsere Soldaten, soweit sie jetzt aus dem Feld heimkehren, mit einem dankbaren Willkommensgruß empfangen. Diese braven Männer haben für die Heimat jahrelang Unsagbares durchgemacht“* (F. Seidler 1997, S. 24).

Beschluß der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom November 1996: Der zweite Weltkrieg sei

ausschließlich ein »vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen« (*Die Welt*, 24.4.1997).

Der *Spiegel* ließ seinen Redakteur W. Malankowski (*SPIEGEL* Nr. 10, 1989) das Buch von Suworow (1989) wahrheits widrig kommentieren: »Alle Dokumente bestätigen, Hitler den imperialistischen Lebensraum wie den rassistisch ideologisch fixierten » Vernichtungskrieg“ gegen die SU und das „jüdisch-bolschewistische “ System vorbereitete und auslöste, den er schon in Mein Kampf angekündigt hatte. “ Augstein am 26.1.1976 im *Spiegel*: „Noch einmal und ein letztes Mal soll daran erinnert werden, daß Polen nicht die geringste Handlung begangen hat, die Hitler hätte zum Kriege herausfordern können. “ Augstein nahm an dem ersten Umerziehungslehrgang teil, den die britische Besatzungsmacht 1945 abhielt, ehe er eine Lizenz erhielt.

Der Redakteur Gillessen von der FAZ (27.4.89) zu Suworows Buch von 1989: »Der Krieg zweier Aggressoren Die ausführliche Besprechung beginnt: „Als die deutsche Wehrmacht am Morgen des 22.6.1941 unter Bruch des Nichtangriffsvertrages vom 18.8.1939 (muß heißen 23.8.) in die SU einfiel... “ und weiter „... Alles, was er vorbringt... ist lediglich Material für einen Indizienbeweis...“; und Gillessen zu Hoffmanns Buch von 1995 (*FAZ*, 10.10.1995): der

2. Weltkrieg als eines von 2 Diktatoren gemeinsam entfesselten Krieges. “

Prof. Eschenburg ("1961, S. 164): »Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der BRD. “

Die *Süddeutsche Zeitung* v. 4./5.10.1997: »Was ist deutsch ? Deutsch war etwas, das die Deutschen noch erfinden mußten, und am konsequentesten ging dabei Adolf Hitler vor, der alles aussortierte, was auf keinen Fall dazugehören durfte: die Juden und Zigeuner. Womit ihm immerhin eine Definition gelang, die bis dahin die genaueste war: Deutsch ist, wer zum Volk der Mörder gehört“.

Prof. Mommsen - der auch der deutsch-tschechischen Historikerkonferenz angehört - behauptete: daß die Revisionspolitik nur Fassade gewesen ist, um die deutsche Bevölkerung für die Politik zu gewinnen, die spätestens seit

1934 zielbewußt auf Auslösung eines europäischen, ja eines Weltkrieges hingearbeitet hat... * (Die Welt, 21.11.88).

Prof. Hillgruber sprach in *Hitlers Strategie 1940 - 1941*, Frankfurt 1965, vom „Stufenplan zur Weltherrschaft“ und vom "rassenideologischen Vernichtungskrieg". In Hillgruber heißt es: „Eine... Diskussion um die Kriegsschuldfrage von 1939 hat es nicht gegeben, konnte es auch nicht geben, da an der Entfesselung des Krieges von 1939 durch Hitler--Deutschland von Anfang an kein ernstzunehmender Zweifel bestand.“

U. Schlie (*Kein Friede mit Deutschland*, 1994): *Hitlers hemmungslose Eroberungssucht... Griff nach Weltherrschaft... der von Hitler ausgelöste Krieg... die monomanische Fixiertheit auf jenen rassenideologischen Vernichtungskrieg...* Prof. Hornung (CDU; *Mut*, Nr. 265, 1989): „In einer Mischung aus va-banque und Hybris tappte Hitler in die Falle...“ und daß der Stalin-Hitler Pakt diesem die entscheidende Rückendeckung für die Entfesselung des Angriffs auf Polen bot...“

Prof. K. Hildebrand (FAZ, 27.2.1991): Der „Diktator Adolf Hitler, der den Krieg aus Überzeugung wollte...“ Graml, Institut für Zeitgeschichte München: „Für Hitler war Krieg die fast normale Form zwischenstaatlicher Beziehungen. Der Friede war ihm offensichtlich zunächst lediglich in der Theorie ein unbehaglicher Zustand, der sobald wie möglich mit dem Krieg zu vertauschen sei“ (M. Klüver 1984, S. 317).

Michael Leh, Pressereferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft (Leserbrief FAZ, 29.1.89): „Richtig ist vielmehr, daß die verbrecherische Politik Hitlers ganz andere Dimensionen hatte und Hitler für seine Kriegspolitik nicht des sudetendeutschen Problems bedurft hätte.“

Georg (.FAZ-Journal, 9.7.1993, Fragebogen: Welche militärischen Leistungen bewundern Sie am meisten?): „Den Sieg der Alliierten im 2. Weltkrieg, die Voraussetzung für unser Leben und unsere Demokratie“, ein Beispiel aus vielen ähnlichen.

J. Fest (1994, 31): „Der Kniefall Englands und Frankreichs auf der Münchener Konferenz, wo sie vor den Forderungen

der Nationalsozialisten kapitulierten und die sudetendeutschen Gebiete an das Großdeutsche Reich auslieferten... Erst mit dem Überfall auf die SU änderte sich alles..." Fest war Chefredakteur der FAZ. Er soll angeblich stolz darauf sein, zu seiner Hitlerbiographie keine einzige Primärquelle gelesen zu haben.

F. J. Strauß (im Bundestag am 30.11.1965): *"... von der moralischen Alleinschuld (am Zweiten Weltkrieg) der deutschen Politik, über die es keine Diskussion gibt..."*

Am 8.5.1949 führte Prof. Heuß vor dem Parlamentarischen Rat aus: *"Im Grunde genommen bleibt dieser 8.5.1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind"* (H. Bernhardt 1988, S. 346).

Bundeskanzler K. Adenauer am 28.3.1953 auf dem Parteitag der CDU: *"Das deutsche Volk hat diesen Krieg in Szene gesetzt und der Nationalsozialismus hat die Brandfackel geschwungen und alles in Brand gesetzt "* (H. Bernhardt, 1988, S. 350).

Bundespräsident R. v. Weizsäcker (Ansprache zum 8.5.1945 am 5.5.1995): *"Auf dem Wege ins Unheil war Hitler die treibende Kraft, er wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. "*

Bundeskanzler Kohl (Regierungserklärung 1.9.1989): *"Anders als nach dem 1. Weltkrieg gab es nach 1945 keine Diskussion über die Kriegsschuld. Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gab und gibt es nichts zu deuteln "*

Bundespräsident R. Herzog (Rede am 13.2.1995 in Dresden): *" Wir wollen auch nicht vergessen, daß es (Dresden) im Rahmen eines Krieges zerstört wurde, den eine deutsche Regierung vom Zaun gebrochen hatte... Die Deutschen haben den Krieg begonnen, und es hat sie dafür die gerechte Strafe ereilt. "* Die zweite Verurteilung des Historikers U. Walendy zu seinem Buch *Wahrheit für Deutschland* wurde begründet mit: *" Verurteilt wird Walendy nicht für das Geschriebene, das ist vom Gericht nicht nachzuprüfen, sondern für das Nichtgeschriebene"* (Westfalenblatt, 8.5.1997).

Der bisherige Gipfel skandalösen Verhaltens stammt von dem ehemaligen DKB-Mitglied Trittin, jetzt Bundesmini

ster: „ Meyer (der CDU-Generalsekretär L. Meyer) hat die Mentalität eines Skinhead und nicht nur das Aussehen. Laurenz Meyer hat selbst bekundet, daß er stolz darauf sei, daß er Deutscher ist. Das ist die Flachheit, der geistige Tiefflug, der jeden rassistischen Schläger in dieser Republik auszeichnet“ (Euro-Kurier, Tübingen, Heft 2, 2001). Demgegenüber soll der ehemalige Chef der KPD, Ernst Thälmann, mit einer Äußerung, als er schon im KZ saß, zitiert werden: „ Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit Stolz verehere, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation“ {Nation und Europa, 51, 2002, H. 5, S. 68}.

Schon 1950 schrieb der Dichter Hans Grimm: „ Wir Deutschen leben immer noch ohne Freiheit der Rede... Tritt eine solche Freiheit einmal ein, wird manches Urteil über den Nationalsozialismus und selbst über Hitler berichtigt werden müssen... Und verschwinden wird vor allem der groteske Vorwurf einer geplant gewesenen deutschen staatspolitischen Welteroberung“ (H. Grimm 1950, S. 101).

Der englische Historiker David Irving urteilte über die Zeitgeschichtsschreibung der deutschen Historiker kurz und bündig: „Die deutschen Historiker sind Lügner und Feiglinge“ (U. Walendy 1990). Wie diese meist sehr frei und ohne Föhlung mit den Quellen ihre vorgefaßten Meinungen ausbreiten, wurde u. a. von Klüver nachgewiesen (M. Klüver 1984), einige Zitate dazu siehe oben.

Über die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik urteilte K. Ziesel: „Die öffentliche Meinungsmache und der öffentliche Kunst- und Literaturbetrieb unserer Zeit sind eine Art von Logenbetrieb, nur Eingeweihten zugänglich und begreifbar; und jeder Versuch, ihn in breiteren Volksschichten in seiner Gefährlichkeit, Perfidie und seiner ungeheuren Wirkungsmacht deutlich zu machen, gilt als Sakrileg“ (K. Ziesel 1960 a) und: „In diesem Klima, gemischt aus Erpressung, Heuchelei und Demagogie auf der einen Seite, Feigheit, Opportunismus und Verrat aller politischen Einsichten und Grundsätze auf der anderen Seite, kann natürlich keine wahre und gesunde öffentliche Meinungsbildung geschehen“ (K. Ziesel 1960 b, S. 60).

Aus der Untersuchung der Steuerung der deutschen Rüstung schloß Schustereit (H. Schustereit 1988): *„Da es (das Deutsche Reich) keinen Kriegsplan besaß, verfügte es auch über keinen Rüstungsplan... Überhaupt läßt sich seit Kriegsbeginn keine in sich geschlossene, durchdachte und durchführbare Gesamtkonzeption auf dem Gebiet der Rüstung erkennen - eine klare Auswirkung dessen, daß Hitler weder ein umfassendes politisches noch militärisches Konzept dafür besaß, wie er den Krieg... zu seinen Gunsten entscheiden konnte.“* Es ist bezeichnend, daß, obwohl Schustereit Mitglied des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg ist, dieses Buch nicht in dessen Bänderreihe über den Zweiten Weltkrieg aufgenommen wurde.

Prof. Dr. de Zayas, Völkerrechtler bei der UNO, über die angeblichen Verbrechen der Wehrmacht: *„..., daß die Wehrmachts-Gerichtsbarkeit vielleicht den höchsten Stand aller kriegführende Nationen im Zweiten Weltkrieg hatte..., daß bekanntgewordene Verstöße gegen die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Konvention durch die Wehrmachtsgerichtsbarkeit systematisch untersucht und in vielen Fällen scharf bestraft wurden.“* (De Zayas 1987) Aus vielen Aussagen deutscher Generäle nur zwei. Generalmajor v. Gersdorf Heeresgruppe Mitte: *„...daß die an der Ostfront eingesetzten Kommandobehörden aus keinem Befehl und keiner Besprechung vor Beginn des Feldzuges gegen Rußland entnehmen konnten, daß umfangreiche Vernichtungsaktionen gegen die Bevölkerung oder das Judentum von irgendeiner Stelle beabsichtigt waren, noch daß während meiner Zugehörigkeit zur Heeresgruppe Mitte derartige Befehle erteilt worden sind.“* General Wohler, 11. Armee: *„Keiner der Oberbefehlshaber der Armee hatte mir oder der Armee etwas bekannt gegeben... über einen möglichen oder schriftlichen Befehl Hitlers oder Himmlers betreffend Liquidierung der Juden“* (A. de Zayas 1998).

Über die angebliche „brutale Ausbeutung“ der besetzten Gebiete der SU stellte W. Post (in Poeppel 1999, S. 500) fest: *„Im Rahmen des Ostackerprogrammes wurden aus dem Reich u. a. mehr als 70.000 Traktoren, 16.000 Holzgasgeneratoren, 306.000 Gespannpflüge... und 3 Millionen Sensen ge*

liefert... die deutsche Wirtschaftshilfe für die besetzten Gebiete der SU betrug 3 Milliarden RM“ (mehr als 20 Milliarden Euro). Es wurde mehr investiert als entnommen.

Ch. Weizmann auf dem jüdischen Weltkongreß 1942: *Wir leugnen es nicht und haben keine Furcht, die Wahrheit zu bekennen, daß dieser Krieg unser Krieg ist“ (H. Bernhardt 1988, S. 308).*

Sogar der z. T. wenig objektive C. Tansill (C. Tansill 1957, S. 550) stellte als unmittelbaren Kriegsgrund die Entscheidung Becks heraus: *„Am entscheidenden Kreuzweg der Weltgeschichte wies er es zurück, in der deutschen Kriegsmaschine eine Fahrt mitzumachen, die Polen als Satellitenstaat Macht und Beute versprach. Statt dessen folgten er und das polnische Kabinett dem Rat Chamberlains und wählten die Straße, die zum Kriege mit Deutschland führte und in der Folge zur Vernichtung des polnischen Staates führte.“*

P. H. Nicoll: *„Betrachtet man das nationalsozialistische Regime von 1933 bis 1939 sachlich, so werden alle ehrlichen Forscher einräumen, daß es zwar die bürgerlichen Freiheiten sehr beträchtlich einschränkte und die parlamentarische Demokratie nahezu aufhob... Aber kein Deutscher vorher; nicht einmal Bismarck hat in so kurzer Zeit so viel für Deutsche getan, wie Hitler und Göring 1933 bis 1939 erreichten... Was nun die Schuld an dem Krieg von 1939 angeht, so liegt, wie wir bereits nachgewiesen haben, reichliches und unbestreitbares Beweismaterial dafür vor, daß Hitler alles tat, was in seiner Macht lag, um diesen Krieg abzuwenden und, als das nicht mehr möglich war, ihn wenigstens auf die beiden Partner zu beschränken“ (P. H. Nicoll 1999, S. 460).*

Bereits einer der älteren revisionistischen Historiker, A. J. P. Taylor (Taylor 1961, zit. in: U. Walendy 1965, S. 234) urteilte: *„Der Stand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den Beweis dafür, daß Hitler nicht an einen allgemeinen Krieg dachte und wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg wollte.“*

»Die Befreiung,, die den zweiten Weltkrieg begleitete und ihm folgte, war wohl der blutigste und brutalste „Friedens-zeit“-Vorgang in der Geschichte der Menschheit... Daß keine Anwendung von Gewalt, Brutalität, Dezimierung, die je zu

*vor in der Geschichte der zivilisierten Menschheit in Friedenszeiten von einem Staat... begangen wurde, auch nur annähernd dem Blutvergießen und dem Elend gleichkommt, das die Befreiung Japans und Europas begleitet, nachdem der militärische Sieg praktisch gewonnen war. Selbst die vorsätzliche Aushungerung von 4 Millionen oder mehr russischen Bauern durch Stalin... und die blutigen Reinigungsprozesse in Rußland nach 1935 werden von dem Sterben und dem Leiden des Befreiungsvorgangs absolut in den Schatten gestellt“ (Prof. L. Villari, *The Liberation of Italy* 1959, in P. H. Nicoll 1999, S. 346).*

Prof. H. E. Barnes faßte seine Forschungen zusammen:
„Obwohl unabweisbar dokumentarisch erwiesen wurde, daß Hitler für den Krieg von 1939, wenn überhaupt, nicht verantwortlicher ist als der Kaiser für das Jahr 1914, unterstützt die Bonner Regierung dennoch ein Verdikt der deutschen Alleinschuld, das von der historischen Wahrheit genausoweit entfernt ist wie einst die Kriegsschuld Klausel des Versailler Vertrages... Das Kriegsschuldbewußtsein (nach 1945)... stellt... einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbeziehungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich kenne jedenfalls kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten einer Schuld auf sich zu nehmen, an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging - es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am 2. Weltkrieg aufzubürden...“

Man hat das deutsche Volk politisch gekreuzigt aufgrund der Legenden, die von der Bonner Regierung auch heute noch aufrecht erhalten werden, wobei sie diejenigen, die über 1939 die Wahrheit veröffentlichen, mit Gefängnisstrafen bedroht... “

„...wieviel Mut und Charakter zu jedem Versuch gehört, Hitlers einmalige Schuld anzuzweifeln. Wenn sich nämlich dieses Grunddogma nicht aufrechterhalten läßt, wird der zweite Weltkrieg zum größten Verbrechen der Geschichte, vergleichbar einem ... Verbrechen, das zur Hauptsache auf England, Frankreich und den Vereinigten Staaten lastet. Je deutlicher die Schrecken und bösen Folgen des Zweiten

Weltkrieges hervortreten, desto notwendiger braucht man Hitler als Sündenbock“ (H. Barnes 1968, S. 17, 61,124; siehe auch H. Barnes in Kap. 10).

Liddell Hart, der große englische Kriegshistoriker: *Nach Kriegsende sind die wesentlichen deutschen Archive in unsere Hand geraten und wir können uns ein präzises Bild machen von dem außerordentlichen Grad der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen... Die plötzliche Kehrtwendung Englands im März 1939 machte den Krieg unvermeidlich... Die deutsche Armee war im Jahr 1939 nicht bereit für den Krieg - einen Krieg, den die Generäle nicht erwarteten...“ (Liddell Hart, *Picture Post*, 3.9.1939).*

F. Sanborn (in: H. Barnes 1961, S. 120): *„Tonnen über Tonnen - im wahrsten Sinne des Wortes - an deutschen Archiven mit ihren geheimsten Plänen, Memoranden und Korrespondenzen fielen den Siegern bei Kriegsende in die Hände. Diese Dokumente wurden sorgfältig... monatelang gesichtet und studiert in peinlich genauer Suche nach jeder Spur eines Beweises, den man dem Nürnberger Tribunal vorlegen könnte. Nach langem und minutiösem Durchstöbern wurde es ruchbar, daß nirgends in diesen Papieren ein Beweis für irgendwelche deutschen Pläne, die Vereinigten Staaten anzugreifen, zu finden war. Ganz im Gegenteil ergab sich die peinliche Tatsache aus diesen Geheimpapieren, daß Hitler alles getan hatte, um einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden.“*

Der britische Generalankläger des IMT Nürnberg, Sir Hartley Shawcross, schrieb in einem Brief am 16.3.1948: *„Schritt für Schritt bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß die Ziele des Kommunismus in Europa finster sind. Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinem russischen Kollegen verdamnte ich die Nazi-Aggression und den Nazi-Terror. Hitler und das deutsche Volk haben den Krieg nicht gewollt! Nach den Prinzipien unserer Politik der Balance of Power haben wir, angespornt durch die „Amerikaner“ um Roosevelt, Deutschland den Krieg erklärt um es zu vernichten. Wir haben auf die verschiedenen Beschwörungen Hitlers um Frieden nicht geantwortet. Nun müssen wir feststellen, daß Hitler recht hatte. An-*

stelle eines kooperativen Deutschlands, das er uns angeboten hatte, steht die riesige imperialistische Macht der Sowjets. Ich fühle mich beschämt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele, die wir Hitler unterstellt haben, unter einem anderen Namen verfolgt werden und dieselbe Taktik hemmungslose Anwendung findet“ (F. Becker 1991, S. 264).

Beim Vergleich des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges 1999 der USA und der NATO gegen Serbien und der USA gegen den Irak 2003 mit der deutschen „Notwehr in eigener Sache“ gegen Polen 1939 schreibt W. Pfitzner (S. 129): *„Die polnischen Massenmorde in den ersten Tagen (mit vermutlich 58.000 Toten!) zeigen deutlich..., was in Polen passiert wäre, wenn sich Hitler in einem Anflug von westlicher „höherer Moral“ entschieden hätte, keine Bodentruppen nach Polen zu senden... Die Polen hätten über kurz oder lang alle verbliebenen Deutschen - mehr als 1 Million! - auf grausamste Weise massakriert... Die neue Moral der NATO ist allerdings weit entfernt, sich mit der alten Moral Adolf Hitlers messen zu können, denn Hitlers Feldzüge, die sich allesamt mit gleichen Argumenten rechtfertigen lassen, mit denen die NATO nun ihren „Balkanfeldzug“ rechtfertigt, waren immer darauf angelegt, größere Verluste unter der Zivilbevölkerung und unter den Militärs zu verhindern. Hitlers Taktik der Blitzkriege und sein Verzicht auf Massenvernichtungswaffen - seien es strategische Bomber, A-, B- oder C-Waffen - lassen ihn in Sachen Kriegführung als oberste moralische Instanz der Menschheitsgeschichte erscheinen..., wenn man bedenkt, daß es die von der Siegerpropaganda nachträglich als Rechtfertigung vorgeschobenen Opferzahlen von..., Polen u. a. Minderheiten auch nicht annähernd gegeben hat.“*

Die hier zitierte moralische Beurteilung von Hitlers Kriegführung ist eine Konterkarierung der moralischen Beurteilung der Kriegführung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und im Serbienkrieg, die ebenfalls in höchsten Tönen gepriesen wurde (Befreiung, Beseitigung von Unrecht und Gewalt, Kampf für die Demokratie und die Rechte von Minderheiten und Unterdrückten usw.).

Angefügt werden sollen einige Schlaglichter, welche die engen Parallelen des Zweiten Weltkrieges mit dem Ersten

zeigen. Damit wird die Rolle der Hintergrundmächte als große Konstante bei der Verursachung des 31jährigen Krieges 1914-1945 gegen Deutschland sichtbar.

Es war alles aufs Feinste und Genaueste ausgeklügelt. Jeder hatte seine Rolle, die ihm zudiktiert war... Die deutschfeindliche Propaganda... ist großartig organisiert und finanziert und die Rollen sind geschickt verteilt... In Hunderte von Zeitungen fließt der Strom der Bestechungsgelder... Morgan und Rockefeller gaben die Gelder“ (H. Herda 1995, S. 52, 56, 57).

Die Kriegspräsidenten der USA hatten ihre gleichartig auf den Krieg zusteuern den grauen Eminenzen, Wilson mit House - Roosevelt mit Baruch, Frankfurter und Morgenthau.

Die englische Regierung im Kabel von US-Botschafter Page aus London an Wilson am 3.9.1916: *„Hier hofft man..., daß keine US-Regierung den Frieden geschlossen haben will, ehe nicht Deutschland völlig vernichtet ist“* (H. Herda 1995, S. 49). - Churchill im November 1939: *„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands“* (U. Walendy 1967, S. 91).

Grey über den US-Botschafter Page in London: *„Für mich sind Pages Ratschläge immer von größtem Wert“* (H. Herda 1995, S. 51). - Ähnlich der US-Botschafter Bullitt u. a. zu Lukasiwicz 1939 (siehe Kap. 10).

Der englische Premierminister Grey am 23.12.1920: *„Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg von grundlegender Bedeutung. Sie ist die Grundlage, auf der das Gebäude des Versailler Vertrages errichtet worden ist, und wenn dieses Anerkenntnis widerrufen oder preisgegeben wird, wird der Vertrag zunichte gemacht“* (H. Herda 1995, S. 131).

Zur Äußerung der britischen Zeitung *Sunday Korrespondent* am 16.9.1989 siehe Kap. 25.1.

Der Kriegsschuldlüge des Art. 231 des Versailler Vertrages entspricht die Grundaussage des Überleitungsvertrages von 1955 (siehe Anhang A30).

Den abgewiesenen deutschen Friedensangeboten vom Mai und vom 12.12.1916 stehen 20 abgewiesene deutsche Friedensangebote von 1939 bis 1941 zur Seite, siehe Kap. 14.

Senator Owen 1926: *„ Wilhelm II. war der einzige nationale Führer; der, als er entdeckte, daß ein europäischer Krieg*

drohte, die größten Anstrengungen machte, den Krieg zu unterdrücken“ (H. Herda 1995, S. 27). Ähnlich Prof. H. Barnes 1968 über Hitler (siehe oben).

Der Revolution der Linksradikalen 1918 gegen die Monarchie in Deutschland entspricht im umgekehrten Sinne die Revolte des im wesentlichen aus konservativen Kreisen stammenden Widerstandes im Juli 1944 und dessen Steuerung des folgenden militärischen Zusammenbruchs.

Der USA-Botschafter in England, J. Kennedy, in einem Bericht an Roosevelt am 30.9.1939; *„Ich nahm die Ausgabe der Times vom 5.8.1914 vor und verglich sie mit jener vom 4.9.1939, und sie sind praktisch identisch, abgesehen von dem Ersatz des Wortes „Nazi“ für „Junker“.*

Obwohl dem folgenden Zitat von Stalin vom 9.2.1946 von einer Wahlrede kein russisches Gegenstück von vor dem 1. Weltkrieg gegenübergestellt werden kann, soll hier Stalins Beurteilung der letzten Kriegsschuld angefügt werden: *„Es wäre falsch, daß der 2. Weltkrieg zufällig oder infolge von Fehlern dieser oder jener Staatsmänner entstanden sei, obgleich es unbestreitbar Fehler gegeben hat. In Wirklichkeit war der Krieg ein unvermeidliches Ergebnis der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Weltkräfte auf der Basis des modernen Monopolkapitalismus“.* (W. Post, 2004, S. 209).

24 Zusammenfassung

25. 1. Blick in die weitere Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges

Der Krieg von 1939 bis 1945 wurde im Rückblick auf den ersten Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 ebenso als dritter Dreißigjähriger Krieg bezeichnet (Major, F. J. Strauß) und die Kriege zwischen 1789 und 1815 als der zweite. Alle drei spielten sich hauptsächlich in Europas Mitte, in Deutschland, ab, mit jeweils Verheerungen größten Ausmaßes, an denen sich jeweils umliegende Großmächte, stets aber Frank-

reich, beteiligten. Der französische Botschafter Henri Froment-Meurice in Bonn konnte 1983 sagen: »Die ganze französische Geschichte könnte seit Ende des Reiches Karls des Großen sehr gut beschrieben werden als der Kampf die deutsche Einheit zu verhindern« (E. Schlee 1998). Daß von Deutschland aus Analoges gegen Frankreich stattfand oder auch nur gedacht wurde, konnte bisher noch nicht ernsthaft behauptet werden.

Mit dem Zerfall des Reiches Karls des Großen in seine zwei ethnischen Bestandteile, das galloromanische Westreich und das germanische Ostreich, begann der französische Chauvinismus und Imperialismus, dem im Westen seit damals der gesamte geschlossene germanisch besiedelte Teil des Lotharingischen Mittelreiches außer den Niederlanden und Flandern mit dem Elsaß und Lothringen zum Opfer fielen.

Der erste Dreißigjährige Krieg schloß mit der Zerstückelung Deutschlands, mit einem Friedensvertrag und der Folge der Niederhaltung des Reiches. Nach dem zweiten Dreißigjährigen Krieg gelang es 1815 nicht, die deutsche Reichseinheit wieder herzustellen. Doch auch hier gab es einen Friedensvertrag.

Nachdem Bismarck 1871 nur einen Teil des ersten Reiches wieder herstellte - in dem die Rechtsinstitutionen des Deutschen Königreiches nur germanische Stämme umfaßte - verbanden sich mit dem französischen Revanchismus weitere und ganz anders geartete Kräfte, wie der panslawistisch-russische Imperialismus und die Hintergrundmächte der miteinander verflochtenen Freimaurer und der Hochfinanz und des Vatikan dagegen, welche den ersten Teil des dritten Dreißigjährigen Krieges vorbereiteten, mit den Schüssen von Sarajewo auslösten und mit den Völkerrechtsverbrechen der Pariser Vorortverträge 1919 abschlossen.

Im zweiten Teil dieses dritten Dreißigjährigen Krieges traten die genannten Hintergrundmächte als Auslöser noch stärker hervor, getrieben vor allem von alttestamentarischem Haß gegen alles Deutsche, und verbündet mit dem weltrevolutionären Bolschewismus. Dieser Zweifrontenkrieg wurde trotz allen deutschen Heldentums mit dem Untergang des

endlich wieder geeinten Deutschen Reiches beendet, ohne Friedensvertrag, ohne vollständige Wiedererlangung der Souveränität bis heute, 60 Jahre nach Kriegsende, und mit den Folgen endloser Reparationsersparungen, Anerkennung der Kriegsschuldzuweisung, Anerkennung der Völkerrechtsverbrechen der Sieger, Weitergeltung der Feindstaatenklauseln der UNO, ständiger militärischer Besetzung durch die „Befreier“, Anerkennung der Geschichtsfälschungen der Sieger und deren juristischer Schutz durch Sondergesetze und Sondergerichtsbarkeit, Zwangsimpport ethischer Verkommenheiten, Zerstörung des deutschen Volkes durch Einwanderung aus aller Welt, wie von Hooton 1943 u. a. vorgeschlagen.

Die von der Weltmacht der Hochfinanz gesteuerten USA, die inzwischen ihren erst mit ihrem Gelde großgezogenen scheinbaren ideologischen Kontrahenten, die UdSSR, am 18.1.1989 mit einem einmaligen Coup zum Zerfall brachten, indem die persönlich nach Moskau geflogenen Spitzen der Wallstreet-Hochfinanz Gorbatschow zu den „Reformen“ überredeten (*L' Humanité*, 19.1.1989, ein russischer General: *„Wir haben einen großen Krieg verloren ohne einen einzigen Schuß“*), ließen einen englischen Journalisten 1989 ganz in ihrem Sinne schreiben: *„ Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen ... sein mag... Die Frage bleibt in der Essenz die Gleiche. Nicht wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu einer regionalen Supermacht werden läßt. Wir sind 1939 nicht in den Krieg getreten, um Deutschland vor Hitler und die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können“* (E. Schlee, 1998). Ähnliche Äußerungen sind auch von Exponenten der Hintergrundmächte, z. B. von Kissinger, bekannt.

25.2 Der Zweite Weltkrieg: Ursachen, Verursacher, Kriegsschuld

Daß eine der Ursachengruppen des Krieges von 1939 - 1945 in den Verbrechen der Sieger von 1918 liegt, in den Pariser Vorortverträgen von 1919, in der Schaffung des polnischen Korridors und der Freien Stadt Danzig, in dem Einfall der Sieger in das Ruhrgebiet, in der Nichtausführung der von den Siegern in jenen Verträgen übernommenen Verpflichtungen zur Abrüstung und schließlich in der Ausplünderung und Verelendung des Deutschen Volkes, das alles ist schon oft gezeigt worden. Daß die Verbrechen der völkerrechtswidrigen Friedensdiktate von 1919, die unter Zwang abgeschlossen wurden, und als Verträge zu Lasten Dritter von Anfang an nichtig sind, zu einem guten Teil nicht kühlen Köpfen entsprangen, sondern daß viele der verantwortlichen Politiker die Gefangenen einer deutschfeindlich aufgeputschten Atmosphäre waren, ist schon viel seltener gezeigt worden. Die Hintergrundmächte in den Befehlszentralen der Medien wurden nach 1945 kaum und nicht öffentlichkeitswirksam beleuchtet. Sie erfanden im Ersten Weltkrieg u. a. die abgehackten Kinderhändchen, und im Zweiten Weltkrieg mußte es dann erheblich mehr sein, mit schwerwiegenden Folgen bis heute. Unter ihrem Einfluß wiederholen sich nach 1945 auf allen Gebieten die gleichen Verkommenheiten, Verfalls- und Zersetzungserscheinungen, wie sie nach 1918 schließlich zum Zusammenbruch der Weimarer Republik führten.

Selbst heute noch wird die deutschfeindliche Hetzpropaganda aufrecht erhalten, die in England in dem Artikel mit »*Macht Euch fertig zum Kampf mit Deutschland*«, denn »*Germania esse delendam*« {*Saturday Review* 1.2.1896), begonnen wurde. Dies wurde gerade wieder im Golfkrieg, im Jahr 1991 - 50 Jahre nach dem „*Überfall auf die nichtsahnende und friedliebende Sowjetunion*“ - und im Mai 1995 deutlich. Unter dem Diktat dieser Medien stehen die nach 1945 aufgrund von Siegerlizenzen gegründeten Parteien sowie die Grünen und die Nachfolgerin der SED, die PDS. Seit damals planen die hinter den meisten Massenmedien Stehenden die

Errichtung einer One-World-Herrschaft durch Kreuzzüge „to make the world safe for democracy“.

Und selbst nach der bei den 2+4-Verhandlungen dem Rumpfdeutschland angeblich zugestandenen Souveränität ist nichts, aber auch gar nichts zu bemerken von Bemühungen um Revision von Geschichtsfälschungen der Sieger, Wiederherstellung des Rechts, Rehabilitation jener „Kriegsverbrecher“, die durch Rechtsbrüche und vermittels gefälschter Dokumente ermordet wurden sowie der Rehabilitation des deutschen Parlamentärs Rudolf Heß, dessen Ermordung im Gefängnis nach 42jähriger rechtswidriger Gefangenhaltung von Bundespräsident von Weizsäcker und der Premierministerin Thatcher zu verantworten ist. Im Gegenteil: Nach der am 27.9.1990 ergangenen Erklärung zur weiteren Gültigkeit wesentlicher Bestimmungen des Überleitungsvertrages vom 26.5.1952 verfolgt heute der deutsche Staatsanwalt auf der Grundlage der Festsetzungen der Sieger diejenigen, welche die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg und viele von den Siegern behauptete Verbrechen verneinen. Dafür ist die verfassungsmäßig garantierte Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit beschnitten worden. Zugleich sind noch immer die Feindstaatenklauseln der UNO in Kraft, und immer noch sind erbeutete deutsche Archive nicht zurückgegeben. Daher kann von deutscher Souveränität nach wie vor keine Rede sein.

Die historischen Vorgänge vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg haben z. T. erstaunliche Ähnlichkeiten mit denen des Zweiten Weltkriegs, erklärbar daraus, daß in dieser Zeit fast die gleichen Gegner und Hintergrundmächte und fast die gleiche geopolitische Gesamtlage bestanden. Die beiden langfristig auf einen neuen Krieg hinarbeitenden Mächte waren Sowjetrußland und die vor allem von der Hochfinanz gesteuerten USA, daneben Polen, Tschechoslowakei und Frankreich, in denen teilweise die gleichen Hintergrundmächte tätig waren wie in den USA. Von der Erklärung Stalins in der Geheimsitzung der Kominternfunktionäre im Jahre 1925 über die Ingangsetzung der Mobilmachung am „Tag M“, dem 19.8.1939 (V. Suworow 1994), über seinen Geheimbefehl 1943 bis zu den Vorgängern Gorbatschows

war das Ziel die kommunistische Weltrevolution. Die militärischen Zusammenbrüche des Deutschen Reiches und Japans von 1945 waren die Vorbedingungen zur Ausbreitung der Weltrevolution in Europa und Asien.

In den USA beschloß die Hochfinanz, die mit lang vorgeplanten Manipulationen am 24.10.1929, dem Schwarzen Freitag, an der New Yorker Börse in einer Großaktion spekulierte und damit die Weltwirtschaftskrise auslöste, im gleichen Jahr, daß die USA eine andere Außenpolitik zu betreiben hätten (C. Dali). Sie wählte ihren passenden Präsidentschaftskandidaten aus, managte ihn, propagierte ihn in ihrer Presse, finanzierte den Wahlkampf und besetzte dann die Regierungsposten mit ihren Leuten. Damals wurde beschlossen, was am 8.5.1945 vollendet wurde: die Vernichtung des Deutschen Reiches, der sich heute, ganz nach dem Muster der multirassischen, multiethnischen und multikulturellen USA, die Auflösung der europäischen Völker und des deutschen Volkes in der Euro-Union anschließen soll. Damals, 1929, war Hitler aber noch eine politische Randscheinung - die NSDAP hatte ganze 12 Sitze im Reichstag - und der Kreuzzug für „*Demokratie, Freiheit, Fortschritt und Humanität*“ gegen die „*totalitären*“ Staaten und deutschen „*Welteroberer*“ war nur das Vehikel für den Krieg, an dem die Hochfinanz dann großartig verdiente.

Roosevelt erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen glänzend, indem er die Neutralitätsgesetze der USA mit einem Ultimatum an Japan überspielte, dem dann erwartungsgemäß Pearl Harbor folgte, gleich wie er der Kriegspartei in England den Rücken stärkte und Chamberlain zur Garantie Polens trieb. Fast zur gleichen Zeit, am 12.1.1939, nannte der polnische Botschafter in Washington in seinem berühmt gewordenen Bericht an seine Regierung als Kriegstreiber die gleichen Namen, die bereits 1929 der Schwiegersohn Roosevelts, Curtis Dali, im Zusammenhang mit dem Beschluß zur Wahl Roosevelts zum Präsidenten auch schon nannte: Baruch, Frankfurter und Morgenthau, die schon Berater Wilsons waren.

Die Hintergrundmächte, die diese drei Männer repräsentierten, und die mit ihnen verbündeten Hochfinanzkreise be-

trieben schon vor 1917 den Kriegseintritt der USA und Lenins Revolution. Die Entstehung von rund 25.000 neuen Millionären in der Zeit des Ersten Weltkrieges deutet an, wie sehr bereits der Erste Weltkrieg ein glänzendes Geschäft gewesen ist. Diese Mächte beherrschen weitgehend die Massenmedien und damit die Meinungsbildung der Massen. Sie standen zeitlich an erster Stelle der Kausalkette, die zum Zweiten Weltkrieg führte, und an bedeutendster Stelle der Kriegsschuldigen neben ihren ideologischen Zwillingen in der Sowjetunion.

Demgegenüber ist es in höchstem Maße erstaunlich, wie objektiv die deutsche Öffentlichkeit informiert war (siehe Kap. 15, Prof. Berber).

Der Reichspräsident von Hindenburg kündigte am 18.9.1927 bei der feierlichen Einweihung des Tannenbergdenkmals die Kriegsschuldfrage des Art. 231 des Versailler Diktats. Die Kriegsschuldfrage für den Zweiten Weltkrieg wurde u. a. im Überleitungsvertrag vom 26.5.1952 unterschrieben und bisher nicht gekündigt, der Bundespräsident R. v. Weizsäcker vertrat sie im In- und Ausland öffentlich, während er die singulären Kriegs- und Nachkriegsverbrechen der Vertreibung „eine erzwungene Wanderung“ und den Tag der Kapitulation eine „Befreiung“ nannte, zugleich aber den durch die US-Besatzungsmacht verschuldeten Tod von einer Million deutscher Kriegsgefangener nach dem 8.5.1945, den Mord an weiteren Millionen in Frankreich, Polen, Tschechoslowakei und Rußland, den Hungermord an etwa 5 Millionen Zivilisten u. a. m. totschwieg.

Die NSDAP entstand aus kleinsten Grüppchen. Von Beginn ab war ihr die Revision der Verbrechen der Sieger das Hauptanliegen. Und Hitler beseitigte, was Scheidemann anklagte: „*Wir wenden uns schauernd von jenem Mord: Wir wissen, wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben*“ (siehe Anhang A1).

Nach der Regierungsübernahme am 30.1.1933 betrieb Hitler eine Gratwanderung zwischen östlicher Zwangswirtschaft und dem Kapitalismus der US-Hochfinanz und schuf sein Wirtschaftswunder vor Beginn der Aufrüstung gegen die ganze Welt, während der US-Präsident trotz des New

Deal und einer gigantischen Aufrüstung auf 12 Millionen Arbeitslosen sitzen blieb. Hitler schaltete dabei die US-Hochfinanz aus, die vom Ersten und Zweiten Weltkrieg bis heute Kriege als gutgehendes Geschäft veranstaltet, Profitmaximierung durch Spekulation und einen brutalen Sozialdarwinismus betreibt. Mit einem vorbildlichen, damals einmaligen Sozialprogramm, das sogar von Churchill gelobt wurde, gelang es, ab 1933 die Not und die Verkommenheit im Land zu überwinden und die seit dem Kaiserreich bis heute niedrigsten Kriminalitätsraten zu erreichen.

Sämtliche Abstimmungen zur Billigung von Hitlers Politik, die Saarabstimmung, die Abstimmung über die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten, die Abstimmung über die Rheinlandbesetzung, die Abstimmungen nach den Anschlüssen von Österreich, des Sudetenlandes und von Danzig - eine Art Basisdemokratie - ergaben höchste Zustimmung von meist weit über 90 %. Sämtliche Einschränkungen der parlamentarischen Demokratie wurden 1933 von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt. Das deutsche Volk sah damals das Dritte Reich für sich als die den Zeitumständen entsprechend beste Staatsform an. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erfolge ab 1933 wären nach den Rezepten der Weimarer westlichen Demokratie nicht möglich gewesen. Bei andauernder Weltwirtschaftskrise waren die 6,5 Millionen Arbeitslosen vor Einsetzen der Aufrüstung fast alle wieder in Arbeit und Brot gebracht worden.

Das außenpolitische Programm der NSDAP mit Revision der Verbrechen von Versailles fand als Regierungsprogramm anfangs englische Zustimmung, und der deutsch-englische Flottenvertrag von 1935 war ein Teilstück der Revision.

Alle folgenden politischen Veränderungen hatten ihre Ursachen nicht in deutschen Maßnahmen. Die Rheinlandbesetzung 1936 wurde durch die neue Einkreisung durch das französisch-russische Bündnis verursacht, der Anschluß Österreichs durch Schuschniggs geplante Volksabstimmung, der Anschluß des Sudetenlandes durch Beneschs Maßnahmen zur Unterdrückung der Sudetendeutschen. Alle diese Veränderungen erreichten unter dem Zwang der Gegenkräf

te Eigendynamik mit Versuchen, Lösungen zu vereiteln. In der Sudetenkrise griff erstmalig der deutsche Widerstand verschärfend ein und in der Polenkrise zusätzlich Roosevelt. Bei der Vereinigung Österreichs mit dem Reich spielte bereits die Einkreisung durch die Militärabkommen Frankreichs mit der Tschechoslowakei und der Sowjetunion eine Rolle, indem die deutschen Truppen den Auftrag erhielten, die österreichische Grenze gegen die hochauferüstete Tschechei zu sichern und beim Einmarsch in die Tschechei nach dem Hitler-Hacha-Vertrag die Bedrohung des Deutschen Reiches durch die gleichen Militärabkommen und besonders durch die dortigen Luftwaffenbasen der UdSSR auszuschalten.

Das Deutsche Reich hatte bis zum Kriegsausbruch keine britischen Interessengebiete in Westeuropa oder darüberhin- aus verletzt - ausgenommen der Verstoß gegen die Crove- sche Doktrin der balance of power, da es durch Volkszahl und Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts zu mächtig geworden war. Es stellte Frankreich, Italien, Belgien oder Dänemark keine Forderungen. Auch der Hitler-Hacha-Vertrag wurde noch am Tage der Unterzeichnung von der englischen Regierung toleriert, selbst gegenüber Polen bestand bis zum Kriegsausbruch der Wunsch zur freundschaftlichen Verständigung.

Soviel Hitler vom germanischen britischen Brudervolk sprach, unterschätzte er völlig den Einfluß der internationaler Hochfinanz in der englischen Aristokratie auf die englische Regierung. In der Person von König Eduard VII. war eine Fülle von Aktivitäten der Freimaurer gebündelt.

Für Hitler war die bolschewistische Bedrohung, die er, wie sich dann zeigte, richtig einschätzte, und ihre Abwehr das wichtigste Faktum seiner Politik. Daraus folgte seine stete Bemühung um Ausgleich und Freundschaft mit England. Die bolschewistische, ideologisch vorgeprägte Weltgefahr war der englischen Regierung wenig bewußt, und Roosevelt paktierte mit ihr. Die US-Hochfinanz hatte mit ca. 30 Millionen Dollar Lenins Revolution 1917 erst ermöglicht (G. Allen 19, S. 97) und ihren Fortgang später weiter finanziert. Hitler hatte keinen ihm angegedichteten Langzeit-Stufenplan zur

Weltherrschaft mit dem Ziel eines „*rassenideologischen Vernichtungskrieges gegen den Todfeind im Osten*“ (Hillgruber, Mommsen, Schlie). Er benutzte aber zur Revision jede sich ihm bietende Gelegenheit. Er hatte auch keinen Kriegsplan (Schustereit), selbst nachdem der Krieg durch Roosevelt mit- tels England und Polen ausgelöst worden war.

Daß es unmittelbar nach Rückkehr vom Abschluß des Moskauer Vertrages Ribbentrop gelang, Hitler zum Wider- ruf des Einmarschbefehls nach Polen für den 26.8. zu bewegen (A. von Ribbentrop 1963), beweist, daß der Moskauer Vertrag samt geheimen Zusatzabkommen deutscherseits nicht als Rückendeckung für einen Krieg gegen Polen beabsichtigt war und benutzt wurde, sondern als Beginn einer auf lange Sicht angelegten Zusammenarbeit mit Rußland. Stalin dagegen hatte am 19.8.1939 sämtliche Anordnungen für eine auf etwa 2 Jahre berechnete Mobilmachung (Suworow 1994) für die große „Befreiung“ Europas gegeben und hatte am Abend des 23.8. in seiner Datscha gesagt: „*Ich habe ihn (Hitler) überlistet*“ (S. Talbott 1971, S. 128).

Für Chamberlain gab es nach den beiden Möglichkeiten eines friedlichen Ausgleichs mit dem Deutschen Reich oder seiner Bekämpfung gemäß der Croveschen Doktrin noch die dritte Möglichkeit, Deutschland mit der vom Widerstand versprochenen Revolution zu schwächen. Aus diesem Grunde billigte Chamberlain in der Sudetenkrise die tschechische Generalmobilmachung. Nach Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren wurde er von Roosevelt durch Bullitt am 31.3.1939 zur Polengarantie gedrängt. Im Schutze dieser Garantie wurde die deutsche Volksgruppe in Polen, nachdem seit 1918 schon rund 1,5 Millionen Deutsche vertrieben worden waren, noch schärfer als bisher verfolgt, es kam zu Zigtausenden von Morden, sogar zu Mordaufrufen durch katholische Geistliche, und Zehntausende flohen: es war ein Genozid im Gange, im Sinne der späteren Konvention gegen Völkermord von 1948. Im August 1939 schlug Hitler vor, die Lösung der Danzigfrage um Jahre zu verschieben, nachdem die polnische Regierung erklärt hatte, auch jede friedliche Veränderung des status quo von Danzig sei der casus belli. Am 31.8.1939 erklärte der polnische Botschafter Lipski, man

warte auf den Kriegsausbruch, um auf Grund der dann vom Widerstand versprochenen Revolution den Marsch nach Berlin anzutreten. Die polnische Generalmobilmachung, mit welcher der Krieg begann, war von Chamberlain gebilligt, weil ihm der Widerstand bei einem Kriegsausbruch die sofortige Beseitigung Hitlers zugesagt hatte. Aber die Revolution blieb aus. So nahm diese Tragödie trotz vielfältiger deutscher Bemühungen der letzten Tage, den Frieden zu retten, die mit den deutschen Angeboten der Mission des Dr. F. Hesse am Abend des 1.9.1939 fast die Annahme des folgenden englischen Ultimatums waren, ihren Lauf.

Dem Widerstand standen durch Canaris an der Spitze der Abwehr alle militärischen Informationen und durch von Weizsäcker im Auswärtigen Amt alle politischen Informationen zur Verfügung, die erkennen lassen mußten, daß es sich um einen lang geplanten Vernichtungskrieg gegen das Deutsche Reich und das deutsche Volk handelte. Trotzdem übte der Widerstand nach dem damaligen Recht Landes- und Hochverrat, beeinflußte die englische Regierung in ihrer Kriegsentscheidung, arbeitete auf den Zusammenbruch der Ostfront (Stalingrad) sowie der Westfront im Sommer 1944 hin und war damit mitverantwortlich für den Kriegsausbruch, für das Vordringen der Sowjets bis über die Elbe, den Genozid der Vertreibung an den Ostdeutschen, für die Errichtung des Sowjetsystems in der DDR und die dortigen Vernichtungsaktionen und sonstigen Verbrechen sowie des Systems im Westen mit teilweise ähnlichen oder anderen Verbrechen.

Durch die kriegsähnlichen, von Polen provozierten Zustände an der Grenze mit Einfällen in das Reich (Anhang A10), durch den Genozid an der deutschen Volksgruppe in Polen mit über 1,5 Millionen Vertriebenen zwischen 1919 und 1939, mit rund 3.500 Ermordeten vor dem 1.9. und insgesamt 58.000 Toten - über beides wurde die englische Regierung von der deutschen auf dem laufenden gehalten durch die polnische Generalmobilmachung, durch den mit Fälschungen und Lügen hintergangenen deutschen Verhandlungspartner mit den konstruktiven Vorschlägen und durch die abgelehnten deutschen Friedensbemühungen der letzten

Tage wurde die deutsche Notwehr am 1.9.1939 erzwungen, von der Halifax sagte; „Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen...“ Daß die polnische Bitte um militärische Hilfe unbeantwortet blieb, zeigt, daß der polnische Chauvinismus mit seinen völlig irrationalen Großmachtträumen nur das planmäßig ausgesuchte Mittel zum Kriege war.

Am 3.9.1939 erklärten England und Frankreich Deutschland mittels Ultimaten den Krieg. Sie weiteten damit ohne Notwendigkeit den Konflikt aus, zugleich unterließen sie aber eine Kriegserklärung gegen die Sowjetunion, die ja gleichfalls in Polen einmarschiert war. Nach Kriegsbeginn 1939 fanden bis zum Kriegsbeginn gegen Rußland noch fast 20 Friedensbemühungen von deutscher Regierungsseite an England und die USA statt, sie scheiterten alle. Angeboten wurden u. a. Abrüstungs- und Weltwirtschaftskonferenzen, die staatliche Wiederherstellung von Polen und der Tschechei, Lösung der Bündnisse mit UdSSR und Japan bis zu innenpolitischen Veränderungen in der Reichsregierung (Hak- kert) - insgesamt kaum mehr zu überbietende Selbstverleugnungen. Von der Gegenseite kam kein einziger Friedensvorschlag, wohl aber die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation.

Während Roosevelt seinen Krieg gegen Deutschland seit 1933 mit langer Planung konsequent vorbereitete (D. Bavendamm 1993), dienten alle großen deutschen militärischen Unternehmungen der präventiven Abwehr äußerer Bedrohungen: der Polenfeldzug, nach den vorausgegangenen Genozidmaßnahmen, dann den zahlreichen militärischen Grenzverletzungen der Polen und ihren klar zum Ausdruck gebrachten Kriegs- und Eroberungsabsichten, der Generalmobilmachung, er diente vor allem der Abwehr des Genozids an der deutschen Volksgruppe, der bereits bei staatlich organisierten Massenmorden an Deutschen angelangt war. Der Frankreichfeldzug kam nach den Kriegserklärungen von England und Frankreich einer französischen Offensive durch Belgien und Holland kurz zuvor. Der Feldzug in Norwegen kam der englischen Invasion z. T. nur um Stunden zuvor. Der Balkanfeldzug wehrte nach dem Scheitern italienischer Eroberungen die englische Invasion nach dem Putsch

in Jugoslawien ab und kam dem russischen Festsetzen auf dem Balkan zuvor. Der Präventivkrieg in Rußland schließlich kam nach dem größten Aufmarsch, den die Weltgeschichte je sah, der mit mehr als 250.000 Mann bereitgestellten NKWD-Truppen geplanten „Befreiung“ Europas (d. h. Ausmordung der Eliten und anderer Gruppen) nur um 14 Tage zuvor.

Deutsche Bemühungen um staatliche Wiederherstellung Polens nach dem Ende des Polenfeldzuges im September 1939 scheiterten an der russischen Ablehnung, deren Ursache die russische strategische Forderung war, daß für einen Überraschungsangriff eine gemeinsame Grenze zum Gegner bestehen müßte (Suworow).

Die Kriegsausweitung im Osten am 22.6.1941 wurde am 19.8.1939 mit dem Beschluß des Politbüros unter Vorsitz Stalins eingeleitet, die große „Befreiung“ Europas ins Werk zu setzen, nachdem sich der von Roosevelt und Chamberlain angestiftete deutsch-polnische Krieg abzuzeichnen begann. Bereits vier Tage später konnte der deutsch-russische Vertrag geschlossen werden, der infolge vorsätzlicher Täuschung Deutschlands von Anfang an nichtig war, aber den Erfolg des Präventivkrieges gegen Frankreich erst ermöglichte.

Infolge der mit Roosevelts Hilfszusagen vollzogenen Einkreisung, die flankiert wurde von einer von den Hintergrundmächten in den USA gesteuerten Medienhetze ohne Beispiel, war der deutsch-russische Vertrag die einzige verbliebene Möglichkeit, diese Einkreisung aufzuhalten und den drohenden Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Doch Stalin plante, in den sich abzeichnenden Krieg als letzter einzugreifen.

Während im Frühjahr 1940 hinter der Grenze im Osten bereits 150 russische Divisionen nur 6 deutschen gegenüberstanden, wurden noch *nach* Ende des Frankreichfeldzuges 35 deutsche Divisionen demobilisiert. Bereits damit sind die Ansichten der beamteten Lehrmeinung und der Lizenzmedien, der Rußlandkrieg sei ein rassenideologischer und langgeplanter Vernichtungskrieg gewesen, der aus Hitlers Buch *Mein Kampf* folge, widerlegt. Wenn diesem Buch jedoch die Proklamationen, Programme, Bücher und Reden der deutsch-

ichen Seiten in der gleichen Zeit gegenübergestellt werden - was geflissentlich unterbleibt -, werden Hitlers damalige Gedanken als Gefangener in Landsberg während der Ruhrinvasion Frankreichs, die sich bei damaligen konservativen Autoren ebenso finden, um Größenordnungen übertroffen.

Das Geheimprotokoll zum Vertrag vom 23.8.1939 wurde russischerseits gewünscht und diktiert und enthielt die bereits von England und Frankreich zugestandene Auslieferung der drei baltischen Staaten an das Interessengebiet der Sowjetunion. Die Grenze der in dem Geheimprotokoll festgelegten Interessengebiete war die Curzon-Linie, welche die Gebiete mit polnischer von russischer ethnischer Mehrheit trennte. Rußland hatte also einen Rechtsanspruch auf die ihm nach 1918 von den Polen geraubten Gebiete, ebenso wie ein deutscher auf die ehemals deutsch besiedelten Gebiete, die 1918 und 1945 annektiert wurden, besteht.

Während in der Sitzung des Politbüros unter Vorsitz Stalins am 19.8.1939 der Mobilmachungsplan mit sämtlichen Richtlinien für den Aufbau der Angriffsarmeen und deren Aufmarsch in die Bereitstellungsräume in Kraft gesetzt wurde (Suworow 1989,1994), wurde die Weisung 21 für den Fall Barbarossa von Hitler erst erteilt, nachdem der russische Aufmarsch erkannt war und Molotow im November 1940 in Berlin die für ganz Europa unannehmbaren Forderungen gestellt hatte. Mit dieser Weisung 21 war noch kein Angriffstermin festgelegt. Bei der Planung der Abwehr dieser Bedrohung sind inkriminierte Stichworte wie „*Gewinnung von Lebensraum im Osten*“ und „*Judenvernichtung*“ nicht gefallen. Erst nachdem die Revolution in Serbien als Mittel des russischen Zugriffs auf den Balkan erkannt und der Balkanfeldzug entschieden war, legte Hitler den 22.6.1941 als Angriffstermin fest, der „*schwerste Entschluß seines Lebens*“.

Der deutsche Angriff stieß in die letzte Phase des russischen Aufmarsches hinein, nachdem Stalin am 13.6.1941 das feldmarschmäßige Vorgehen aus den Bereitstellungsräumen und die Grenzüberschreitung zum 6.7.1941 befohlen hatte. Mit weit unterlegenen deutschen Kräften - es standen 3.700 deutsche gegen 21.000 russische Panzer - gelang es, den Auf-

marsch zu zerschlagen und Europa zur Hälfte vor der größten Gefahr, die je in seiner Geschichte aus dem Osten drohte, der Bolschewisierung, zu retten. Dieser Einsatz hatte welthistorisch richtungsweisende Bedeutung und steht neben dem Sieg Armins 9 n. d. Ztr., Schlacht an der Nedao 453, Poitiers 732, Riade 933, Lechfeld 955, Liegnitz 1241, Wien 1683, Leipzig 1813 und Tannenberg 1914. Er hatte den Erfolg, daß Stalin trotz der folgenden Niederlage der Deutschen „*nur das halbe Europa erhielt*“ (Suworow). Er ermöglichte die weltpolitische Entwicklung bis heute und schließlich den Zusammenbruch des Bolschewismus unter Gorbatschow und die kleinstdeutsche Wiedervereinigung. Da Stalin das bereits nach dem 22.6.1941 erkannt hatte, verzichtete er am 23.6.1945 darauf, die Siegesparade in Moskau abzunehmen (Suworow 2000).

Daß etwa 1 Mill. Soldaten der UdSSR nach ihrer Gefangennahme auf deutscher Seite im Einsatz waren, in Stalingrad allein 20.000, widerlegt die Behauptung der Medien und der Heer-Reemtsma-Ausstellung, die deutsche Besatzungspolitik habe nur aus Verbrechen bestanden (siehe Anhang 18).

Da sich Hitler auch durch die Steigerung der Provokationen bis zum Schießbefehl auf deutsche Kriegsschiffe nicht von Roosevelt beeinflussen ließ, konnte dieser sein Ziel, den Kriegseintritt, nur mit einem für Japan unerfüllbaren Ultimatum mit den Folgen der Vernichtung von Teilen seiner Pazifikflotte in Pearl Harbor erreichen (H. Fish).

Mit einem Heldentum ohnegleichen gelang es der deutschen Wehrmacht bis 1944 der russischen Übermacht standzuhalten, ein beispielloser deutscher Opfergang für Europa. Im Opfergang der 6. Armee in Stalingrad, der den geordneten Rückzug der südöstlich davon stehenden deutschen Kräfte ermöglichte, fand dieses Heldentum seine höchste Ausprägung. Er kostete die Russen 1,1 Millionen Soldaten. Er veranlaßte nach dem Kriege den französischen Staatspräsidenten de Gaulle beim Besuch des ehemaligen Schlachtfeldes zu dem Ausruf: „*Welch ein Volk!*“. 1943/44 betrug die Überlegenheit der Roten Armee bei der Infanterie 11:1, bei den Panzern 7:1, bei den Geschützen und Granatwerfern 20:1. Noch beim letzten Angriff auf Berlin hatten die einge-

setzten 1,6 Millionen Russen 300.000 Mann Verluste. Der Widerstand hingegen, der bereits den Untergang der 6. Armee in Stalingrad verursacht hatte, arbeitete im Sommer 1944 auf den Einsturz der Ostfront wie der Westfront hin und half damit, dieses größte Nibelungendrama der deutschen Geschichte zu vollenden.

Die Gesamtbeurteilung nach den heute offen liegenden Quellen ergibt, daß unter den leitenden Staatsmännern Chamberlain, Churchill, Daladier, Roosevelt und Stalin keiner war, der den Krieg vermeiden wollte. Die unmittelbare Verantwortung für den deutsch-polnischen Krieg tragen Halifax und Beck, für den europäischen Krieg Halifax und für die Ausweitung zum Weltkrieg Roosevelt und Stalin. Die Letztverantwortlichen für die Entwicklungen zum Zweiten Weltkrieg sind die Träger der zwei aus der westlichen Aufklärung herausgewachsenen - und auf wissenschaftlich als falsch erkannten Grundlagen beruhenden - Ideologien des Marxismus-Leninismus und des liberalistisch-materialistischen Kapitalismus und der dahinterstehenden „überstaatlichen Mächte“ mit ihren umfassenden bis totalitären Weltherrschaftsansprüchen. Diese Entwicklungen wurden eingeleitet mit dem 1927 von Stalin verkündeten ersten Fünfjahresplan zur Aufrüstung und Vorbereitung der Weltrevolution, sowie 1929 mit dem Beschluß der Exponenten der kapitalistischen Hochfinanz der Wallstreet, Roosevelt zum Präsident zu machen, zu einer Zeit, als in den beiden deutschen Staaten der Nationalsozialismus noch eine völlig untergeordnete Rolle spielte. Roosevelts erste Amtshandlung war die Anerkennung der UdSSR. Damit wurde die Entwicklung zu dem Deutschland aufgezwungenen Zweifrontenkrieg eingeleitet.

Weil aber ohne das Geld der Hochfinanz die bolschewistische Revolution von 1917 nicht gelungen wäre, waren die Hochfinanz und die von ihr gesteuerten Mächte die letzten Verursacher und Hauptschuldigen.

Das Ergebnis der Forschungen führender Historiker aus den USA und England ist, daß Hitler im Gegensatz zu seinen Gegnern keine Weltherrschaftspläne hegte und das deutsche Reich keine unmittelbare Kriegsschuld trifft.

Diese Meinung herrscht jedoch unter den führenden Historikern aus der Bundesrepublik nicht vor.

Es sind zahlreiche Äußerungen von Politikern und Staatsmännern aus der „westlichen Wertegemeinschaft“ aktenkundig, aus denen eine Art alttestamentarischer Haß auf alles Deutsche spricht, dem die Regierungsform und politische Richtung in Deutschland völlig gleichgültig ist. Es ging diesen Männern um das nach 1918 nicht erreichte Kriegsziel der Vernichtung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes.

Zwischen der Beendigung der Kampfhandlungen am 8.5.1945 und den Kriegsbeendigungserklärungen der Westmächte 1951 und der Sowjetunion 1955 starben noch ungefähr 12,5 Millionen Deutsche durch völkerrechtlich unverjährbare Kriegsverbrechen der Sieger. Das Gericht darüber steht noch aus.

Da hier die Aufgabe dieses Buches endet, sei der folgende Nachtrag gestattet.

Es ist oft nach den Gründen für die Fortsetzung eines Kampfes in aussichtslosen Lagen nachgedacht worden, so auch für die Lage nach der sich abzeichnenden Niederlage ab 1943/44. Doch auch hier hat das Aushalten den nachträglichen Sinn erhalten, daß die treibenden Kräfte in den USA endlich die Gefährlichkeit der mit ihren Dollars 1917 und später großgezogenen Weltrevolutionäre erkannten. Da sie am Brennpunkt des Geschehens deutsche Hilfe brauchten, setzten sie den Morgenthauplan aus, den - ersten - Glücksfall für das weitere Überleben Deutschlands und des deutschen Volkes. Nach Clausewitz liegt in einem ehrenvollen Untergang die Verheißung der Zukunft beschlossen.

Auch die Ausräbung einer der im Weltmaßstab größten Uranlagerstätten im Erzgebirge durch die Russen, die in ihrem Riesenreich nichts Vergleichbares haben, hat den nachträglichen Sinn, daß aufgrund der Existenz der russischen Atommacht durch russischen Einspruch der erste Golfkrieg vorzeitig beendet werden konnte, mit erneutem Einspruch 1998 der zweite verhindert werden konnte und der Krieg gegen Serbien 1999 auch vorzeitig abgebrochen werden mußte.

So steht nun dem Imperialismus der kapitalistischen Hochfinanz mit ihrem Griff nach der absoluten Weltherr-

schaft die Großmacht Rußland gegenüber, die jetzt - nach Erkenntnis und langsamer Eingliederung ihrer germanischen Frühgeschichte in ihr Weltbild - keine Weltherrschaftsgefahr mehr ist. Die einzige Gefahr ist jetzt diese kapitalistische Hochfinanz, die gemäß alttestamentarischem Gebot die Vernichtung der Völker und ihrer Kulturen betreibt.

25 Der Weg zum Frieden

Die westliche Welt und die westlichen Demokratien werden aus dem Hintergrund in erheblichem Maße von der Hochfinanz regiert. Einige ihrer hier genannten bekannten Namen sind Rothschild, Rockefeller, Baruch, M. Schiff, Warburg. Die Roosevelts sind darunter nur kleine Leute. Vom Diktat der von ihr gesteuerten Weltpresse wird die westliche Demokratie als unverzichtbare Endlösung hingestellt, mit der jede weitere Entwicklung aufhört, ob sie zu den Völkern paßt oder nicht. Die Stichworte dazu und zur Weltherrschaft der Hochfinanz sind vor allem Globalisierung der Wirtschaft und Globalisierung aller mit dem Liberalismus geborenen Verkommenheiten. In den USA gibt es jährlich bereits 30.000 Morde und 70.000 Aidstote. Für uns galt bisher das Wort aus der Proklamation des Südtiroler Bauernkriegsführers Michael Gaismair: *Gemeinnutz geht vor Eigennutz*. Im Liberalismus gilt mit Adam Smith die Umkehrung.²⁰

Wie die Wirklichkeit aussieht, hat H. J. von Lohausen sehr deutlich beschrieben: „ *Die Verweigerung des Selbsthe-*

20 Anm.: Nicht zu verwechseln mit dem Spruch: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“ oder mit verwandten totalitaristischen Sprüchen von kommunistischer Seite. Die Betonung liegt auf „Nutz“ = „Nutzen“. Praktisch vorgelebt und in seinen politischen Testamenten und seinem Antimachiavell thematisiert wurde das von Friedrich dem Großen. Davon unberührt bleiben vor allem die Rechte des Einzelnen, der Gruppe, des Volkes auf Schutz des Lebens, der körperlichen, seelischen und genetischen Unversehrtheit, der Menschenwürde und der Geistesfreiheit.

stimmungsrechtes an die jeweiligen Minderheiten ist die Eintrittskarte in die Mafia der weltgebietenden Mächte. Sie verbietet ihren Mitgliedern jede eigenmächtige Freilassung oder gar Befreiung unterdrückter Völkerschaften oder auch nur deren Aufwiegeln zugunsten ihrer Selbstbestimmung“ (Lohausen, 2001, S. 38).

„Der europäische Westen (vor allem aber die USA!) verweigert das Recht auf Selbstbestimmung und Bestimmung über den angestammten Boden sogar den völkischen Minderheiten im eigenen Staat, auch dann, wenn sie in geschlossener Siedlung an offener Küste wohnen oder an der Grenze zu ihrem Mutterland. Das gilt allein in Europa gegenüber den Basken, Bretonen, Walisern, Elsässern, Katalanen, Südtirolern, in Frankreich auch den Flamen“ (und den Deutschen) (Lohausen 2001 S. 191).

Jedes Volk hat seinen eigenen, vor allem genetisch, religiös, kulturell, sprachlich und durch Schicksal bestimmten und weitergegebenen Charakter. Es besitzt damit eine eigene Wertordnung und hat einen naturrechtlichen Anspruch auf eine eigene Weltanschauung und Kultur, eine eigene Rechtsordnung, eine eigene Staatsordnung, eine eigene Wirtschaftsordnung und somit auf eine eigene Identität bzw. ein eigenes Volksbewußtsein und einen eigenen Volkswillen. Mit dem völkerrechtlich anerkannten Selbstbestimmungsrecht verfügt es über das übergeordnete Recht auf eigene Gestaltung in allen diesen Bereichen, d. h. auf Selbstverwirklichung im Rahmen einer allgemeinen Rechts-, Freiheits- und Friedensordnung innerhalb des eigenen Staates und in bezug auf andere Staaten. Der Begriff Nation dagegen wird meist völlig falsch verwendet. Im Vielvölkerstaat der UdSSR gab es den sowjetischen Einheitsmenschen, die sowjetische Nation und der US-Präsident bezeichnet sein Rassen- und Völkergemisch als amerikanische Nation. Nation kommt aber von nasci, lat. geboren werden, und bedeutet im humanbiologisch richtigen Sinne Volk als Abstammungsgemeinschaft. Mit dem wissenschaftlich, insbesondere humanwissenschaftlich begründeten Weltbild, das die Verschiedenheiten der Völker als Produkte der Evolution anerkennt, sind One World, Weltregierungen und Eurodiktatur unverträglich.

Die ethnischen Konflikte sind das Resultat multikultureller oder Völkergefängnisse. Dort, wo sich Völker kulturell autonom entwickeln können, herrscht ein hohes Maß an innerem Frieden. Der Nationalstaat (im Sinne von Volksstaat, d. Verf.) ist kein Rückfall in die Vergangenheit. Ganz im Gegenteil: ein Rückfall in die Vergangenheit ist die Utopie eines Europas, bestehend aus Europäern ohne Nationalitäten" (O. Oesterle, Junge Freiheit, 11.10.1996). Die multiethnische Eurodiktatur wird daher genauso untergehen wie die von den Siegern nach 1918 und 1945 zusammengeflochtenen multiethnischen Staaten und wie die UdSSR.

Das Grundgesetz trägt dem Rechnung, indem der Begriff Deutsches Volk auch mit qualifizierter Mehrheit aus dem GG nicht entfernbar ist oder durch modische liberalistische Worthülsen wie Bevölkerung u. a. ersetzt werden kann. Das Bundesverfassungsgericht bestimmte am 21.10.1987 im sog. Teso-Urteil: *„Es besteht die verfassungsrechtliche Pflicht zur Erhaltung der Identität des Deutschen Staatsvolkes.“* Zur Identität gehören die demographische und ethnische Erhaltung und Entfaltung unseres Volkes, seiner Sprache, seiner Kultur, seines Rechtslebens und seines Staates, aber auch die eigene Verfügung über die Lenkung der Staatsgeschäfte, seine Rohstoffgrundlagen, seine Wirtschaft, seine Finanzen und sein Geld. Damit sind bereits die Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in der EU ebenso verfassungswidrig wie die Abtretung von Souveränitätsrechten an die Eurodiktatur, die Abschaffung der eigenen Währung, der Zwang zur Aufhebung von Schutzmaßnahmen zugunsten einer eigenständigen Wirtschaft und gesunden Nahrungsversorgung (siehe z. B. den Zwang zur Einfuhr von britischem Rindfleisch und die Aufweichung der deutschen Lebensmittelbestimmungen), sowie alle zur kapitalistischen Profitmaximierung gesteuerten Einwanderungen, die massenhafte Einbürgerung von nichtdeutschen Ausländern und die von der Eurodiktatur betriebene neomarxistische Egalisierung aller Lebensbereiche in allen europäischen Staaten.

Der westliche Liberalismus und der Marxismus haben gemeinsame geistige Großväter in der westlichen Aufklärung. Beide beruhen auf falschen Weltbildern und sind gemein

schaftsfeindlich und inhuman, also gemeingefährlich. Alle heutigen Absichten zur Errichtung von Weltregierungen sowie die Eurodiktatur, die bei den Bilderbergern erfunden worden sein soll, sind Produkte des westlichen Liberalismus. Alle unsere Parteien außer den geistesverwandten Grünen und der neomarxistischen PDS sind selbstbestimmungswidrig von den Siegern lizenziert und Produkte dieses Liberalismus und haben wissenschaftlich falsche Weltbilder zur Grundlage.

Nur das Selbstbestimmungsrecht führt aus der Sackgasse heraus. Es heißt nicht Selbstbestimmungsrecht der Nationen, der Bevölkerungen, beliebiger Ansammlungen oder Individuen, sondern der Völker. Es wurde bereits im Ersten Weltkrieg vom westlichen Liberalismus - man könnte fast sagen in selbstmörderischer Absicht - erfunden und von Wilson 1917 verkündet, um das österreichische Kaiserreich nach den Forderungen der Freimaurer zu zerstören, und im Zweiten Weltkrieg benutzt, um gegen die frei erfundenen deutschen Weltherrschaftspläne vorzugehen. Zur Globalisierung ist es nur hinderlich und es gibt Bestrebungen, es abzuschaffen. Der US-Imperialismus setzt sich immer wieder darüber hinweg. Bundespräsident Herzog träumte wohl schon von der Abschaffung des Selbstbestimmungsrechtes, als er kundtat, daß er die Nationen beseitigt sehen will.

Ein deutscher Nationalstaat als Vorform der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes wurde am 27.10.1848 von der vom Deutschen Bund einberufenen Nationalversammlung beschlossen im Hinblick auf die Besitzungen ausländischer Fürsten in Deutschland und deutscher Fürsten im Ausland:

Art. 2: Ein Teil des deutschen Reiches darf nicht mit einem außerdeutschen Staat vereinigt sein.

Art. 3: Zwischen einem deutschen und einem nichtdeutschen Staat darf keine Realunion bestehen.

Das Selbstbestimmungsrecht ist mit dem Unterfall des Heimatrechtes seit *der Konvention über das Recht der Verträge* von Wien 1969 ius cogens, zwingendes Völkerrecht. Es ist den innerstaatlichen Rechten übergeordnet, ebenso wie dem Existenzrecht bestehender Staaten. Es gilt auch für Vertriebene bezüglich ihrer Herkunftsgebiete.

Verträge unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, auch wenn das stillschweigend geschieht, und unter Anerkennung von Völkerrechtsverbrechen sind mindestens seitdem ungültig. Darunter fallen nicht nur die Pariser Vorortverträge von 1919, mit denen entgegen dem Selbstbestimmungsrecht die neuen polyethnischen Staaten Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien unter den neuen Herrschichten der Polen, Tschechen, Serben und Rumänen errichtet bzw. vergrößert wurden und nach 1945 wieder errichtet wurden, sondern auch die Verträge der BRD mit Polen und Tschechien sowie der 2+4-Vertrag, der unter Druck abgeschlossen wurde und mit dem ein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich verhindert werden sollte. Nur an Durchsetzungsmöglichkeiten für das Selbstbestimmungsrecht mangelt es.

Das Selbstbestimmungsrecht ist auch in den Satzungen der UNO enthalten, aber angewendet wurde es von der UNO bisher nur zur Verselbständigung der Kolonien von England und Frankreich.

Diese neuen polyethnischen Staaten sollten nach 1919 die beiden deutschen Staaten wieder einkreisen, z. T. waren sie bereits für neue Konflikte vorgesehen, wie das Politiker der Alliierten bereits für Polen 1919 aussprachen und wie es sich dann 1939 auch bestätigte.

Die Vertreibungen und die folgenden Genozide an Deutschen begannen bereits nach 1919 in Polen. Dort wurden bis 1939 1,5 Millionen Deutsche zur Auswanderung gezwungen, 58.0 (de Zayas 1987 S. 37) wurden umgebracht. Ab 1945 wurden wieder unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, dem Sudetenland und dem Balkan 18 Millionen Deutsche - angeblich auf „legale“ Weise - vertrieben, wobei etwa 3 Millionen zu Tode kamen. Der Hinweis, daß diese Vertreibungen legalisiert worden seien, diene den Serben zur Rechtfertigung der Vertreibungen der Kosovo-Albaner und schon vorher im Balkankrieg nach 1990 für die damaligen Vertreibungen, und er diene den Tschechen als Vorwand zur Aufrechterhaltung der Beneschdekrete. Nur Kroatien und Slowenien konnten mit deutscher Hilfe, sowie die Slowakei aus eigenen Mitteln, unter Be

rufung auf die Selbstbestimmungsrechte ihre eigenen Staaten errichten. Mit allen Mitteln versuchte der US-Imperialismus Großserbien zu retten und mit dem Geheimvertrag von Rambollet das gesamte Serbien zu besetzen. In Bosnien wurde die versuchte ethnische Entflechtung von den USA verhindert. Da Verträge auf der Grundlage eindeutiger und schwerer Rechtsbrüche aus sich selbst heraus nichtig sind, fehlt allen derartigen Verträgen die Bindungswirkung aber auch schon vor dem Abschluß der Konvention über das Recht der Verträge.

Bisher gelang es nur ein einziges Mal, das 1969 zum *ius cogens* gewordene Selbstbestimmungsrecht zur Überwindung Jahrhunderte alter Staatsgrenzen und deren Verlagerung an die Sprachgrenze anzuwenden, ohne Umsiedlungen oder Vertreibungen, im Münchener Abkommen 1938. Doch 1945 wurde die alte Staatsgrenze wiederhergestellt, und es wurden die Sudetendeutschen fast vollständig vertrieben. Viele andere Minderheiten, allen voran die auf die Türkei, den Iran, Syrien und den Irak aufgeteilten Kurden warten auf die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes.

Eine große Völkerbefreiung erfolgte am Ende der UdSSR mit der Verselbständigung ihrer mittelasiatischen Völker und 1990 beim Zerfall von Jugoslawien mit der Verselbständigung von Kroatien und Slowenien sowie beim Wiederzerfall der Tschechoslowakei mit der Verselbständigung der Slowakei.

Vor der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes müssen die supranationalen, völkerzerstörenden Beeinflussungen rückgängig gemacht werden. Rückgängig gemacht werden müssen die Identitätszerstörungen durch die Meinungssteuerungen, die Zerstörung der Wert-, Rechts- und Wirtschaftsordnungen, vor allem aber die Unterwanderungen, die auch Verbrechen im Sinne der Konvention gegen Völkermord von 1947 sind.

Es müssen undemokratisch-autoritäre Gesellschaften mit Weltherrschaftsansprüchen überwunden werden, vor allem solche, die geheimbündlerisch gesteuert sind.

Für ethnisch nicht entmischbare Räume müssen Konventionen für Volksgruppenrechte erstellt und in Kraft gesetzt werden, so wie solche bereits ab 1939 für die deutschen Volksgruppen auf dem Balkan durch Verträge mit dem

Deutschen Reich geschaffen wurden. Es muß Sorge getragen werden, daß ethnische Säuberungen, wie sie im größten Maßstab am Ende des Zweiten Weltkrieges und bis heute stattfanden, sich nicht wiederholen können. Durch offene oder stillschweigende Anerkennung oder Tolerierung von Kriegsverbrechen, Vertreibungen und Annexionen kann kein neues Recht entstehen und einem neuen Europa zugrunde gelegt werden (H. Übelacker 1992). Es müssen die völkerrechtlich unverzichtbaren und unverjährbaren Rechtsansprüche der durch ethnische Säuberungen Vertriebenen anerkannt werden, und ihren Rechtsansprüchen muß zum Durchbruch verholfen werden. Schließlich müssen alle Weltherrschaftsansprüche, gleich aus welchen Motiven auch immer, seien sie nun religiöser, ideologischer, politischer oder wirtschaftlicher Art, überwunden werden.

Veränderungen positiver Art, d. h. solche, die sich auf den freien nicht manipulierten Willen der Völker gründen, können nur stattfinden, wenn anstatt falscher Ideologien aufgrund von wissenschaftlich falschen Weltbildern künftig ein wissenschaftlich einwandfrei begründetes, ethisches und darauf fußend ein politisches Umdenken weite Bevölkerungskreise ergreift.

26 Die Rechtslage der Bundesrepublik Deutschland

Der Begriff Deutschland ist nicht staatsrechtlicher Art, sondern bezieht sich auf das Wohngebiet des deutschen Volkes, das nach Kriegsende die Gebiete der dann folgenden Staaten Bundesrepublik Deutschland, Republik Österreich und Deutsche Demokratische Republik sowie die Deutschschweiz, Liechtenstein und Luxemburg umfaßte, von den vom Reich getrennten Auslandsdeutschen abgesehen. Infolgedessen ist die Behauptung, mit der kleinstdeutschen Wiedervereinigung, der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages am 12.9.1990, sei die Wiedervereinigung vollendet, weil sich das gesamte deutsche Volk in der erweiterten BRD befinde, falsch.

Ähnlich wie die Erhebung Preußens zum Königreich in Preußen 1701 müßte es richtig heißen: Bundesrepublik in Deutschland.

Die Entstehung und die Geschichte der BRD kann nicht Gegenstand dieses Buches sein. Aber die Neufassung von Art. 146 GG nach der kleinstdeutschen Wiedervereinigung von 1990 bestätigt, daß die BRD immer noch ein Provisorium ist ohne Zustimmung seines Staatsvolkes zu einer Verfassung: *„Dieses Grundgesetz, ...verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.*

1. Allen Diskussionen um die Rechtslage der BRD ist übergeordnet, daß mit GG Art. 25 das Völkerrecht dem deutschen und anderem Recht vorgeht. Schon aus diesem Grunde sind sämtliche Entscheidungen, Rechtssetzungen und Verträge über Deutschland, welche die Besatzungsmächte trafen und die Befugnisse von Besatzungsmächten überschritten, was insbesondere die Art. 34, 45 bis 47 und 53 der geltenden Haager Landkriegsordnung von 1907 betrifft, rechtswidrig und seit der Konvention über das Recht der Verträge von Wien 1969 ungültig.

Die Feststellung der Völkerrechts Widrigkeit und Ungültigkeit der betreffenden Entscheidungen, Rechtssetzungen und Verträge der Sieger unter sich für die BRD und ihre Kündigung bedarf daher nur eines einfachen Beschlusses des Bundestages. Das Gleiche gilt für die Völkerrechtswidrigkeiten von Verträgen oder Teilen davon der Sieger mit der DDR.

2. Das Deutsche Reich besteht seit 1945 fort, seit 1949 als Teilnachfolger unter dem Namen *„Bundesrepublik Deutschland“* (Bundesverfassungsgericht 1973, 1975, 1987). Kein Teilnachfolger ist berechtigt, für das Deutsche Reich zu handeln. Infolgedessen kann die BRD nicht über Gebiete befinden, die zum Deutschen Reich gehörten und gehören und die niemals Teile der BRD waren. Ein Friedensvertrag kann nur mit dem Deutschen Reich geschlossen werden, nicht aber mit der erst seit 1949 bestehenden BRD.

3. Das Selbstbestimmungsrecht ist seit 1945 zwingendes

Völkerrecht (ius cogens) geworden und ist Teil der Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23.5.1969. Infolgedessen kann keine deutsche Regierung auf annektierte Reichsgebiete einschließlich des Sudetenlandes ohne Zustimmung der von dort vertriebenen oder noch dort wohnenden deutschen Bevölkerung verzichten.

Jeder Vertrag und jede Erklärung von deutschen oder anderen Regierungen und Parlamenten, die das Selbstbestimmungsrecht der Vertriebenen nicht berücksichtigen, das den Rechtsanspruch auf ihre Länder als Teil des Deutschen Reiches bzw. seines Rechtsnachfolgers enthält, sind nach der Wiener Vertragskonvention vom 23.5.1969 nichtig. Dieser Rechtsanspruch der Vertriebenen ist unverjährbar (UNO-Konvention vom 27.11.1968) und unverzichtbar (4. Konvention von Genf, 1949, Art. 8).

4. Die völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches sind die vom 1.8.1914 plus denen vom 1.9.1939 (die tschechische Republik war als Protektorat nicht Mitglied des Deutschen Reiches),
5. Das deutsche Staatsbürgerrecht besteht fort. Es wurde durch Reichsgesetz 1913 festgesetzt. Damit ist die Masseneinbürgerung nichtdeutscher Ausländer auch durch Doppelstaatsbürgerschaften grundgesetzwidrig. Dieses Staatsbürgerrecht entspricht als ius sanguinis der wissenschaftlich richtigen Definition von Völkern als Abstammungsgemeinschaften. Das BVerfG entschied am 21.10.1987: *„Es besteht die verfassungsrechtliche Pflicht zur Erhaltung des deutschen Staatsvolkes*

Das Deutsche Staatsvolk ist nach Art. 79 GG jeder Disposition entzogen.

Auch mit der Erklärung der UNO vom 14.12.1967 hat die Erhaltung der Identität des Deutschen Volkes Vorrang vor Masseneinwanderungen. Es heißt in der Declaration of territorial asylum Nr. 2312 (XXII) vom 14.12.1967 Art. 3.2 » *Exception may be to the foregoing principle only for overriding reasons of national security or in order to safeguard the population, as in the cases of a mass influx of persons.* « Da der Versailler Vertrag ohne Mitwirkung des Deutschen Reiches formuliert wurde und da die Unterschrift

durch verbotenen Zwang zustande kam (Konvention über das Vertragsrecht Wien 1969, Art. 52 und 34), ist er von Anfang an nichtig.

7. Die angebliche Grenzfestsetzung für das Deutsche Reich zum 31.12.1937 im Potsdamer Protokoll vom 2.8.1945 - sofern als Vertrag zu verstehen - und in anderen Verträgen ist als Vertrag zu Lasten Dritter richtig (Konvention über das Vertragsrecht Wien 1969, Art. 34).

8. Die oberste Gewalt, die die Besatzungsmächte 1945 übernommen haben wollen, durfte nichts anderes sein als die Befugnisse einer Besatzungsmacht nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907. Infolgedessen sind völkerrechtswidrig:

Die Verhaftung der Reichsregierung am 23.5.1945. Militärtribunale unter Mißachtung primitivster Rechtsgrundsätze, die Todesurteile aufgrund von ihnen gefälschter Dokumente fällten. Das Londoner Abkommen vom 8.8.1945 ist nichtig, weil bis dahin nicht bestehende Rechtsprinzipien zur Grundlage der Rechtsprechung des IMT-Nürnberg gemacht wurden.

Eingriffe in innere Reichsangelegenheiten sind nichtig, wie z. B. die Auflösung des Staates Preußen. Völkerrechtswidrig ist die Annexion von Reichsgebieten. Völkerrechtswidrig ist die Vertreibung der Deutschen aus den besetzten und annektierten Gebieten und die Beschlagnahme ihres Eigentums (4. Genfer Konvention von 1949).

Die Ansiedlung von Ausländern in besetzten und annektierten Gebieten ist völkerrechtswidrig. Diese haben dort keine völkerrechtlich vertretbaren Heimatrechte (UNO- Beschluß zu den von England in Gibraltar abgehaltenen Wahlen, 4. Genfer Konvention von 1949, Art. 49). Völkerrechtswidrig ist die Beschlagnahme von privatem und wirtschaftlichem Eigentum sowie dessen Enteignung.

9. Die Ostverträge sind nur gültig, soweit sie Gewaltverzichtserklärungen, nicht aber, wenn sie Gebietsabtretungen sind (BVerfG vom 17.7.1975). Die von der BRD mit Polen, der damaligen UdSSR, der damaligen Tschecho-

slowakei und mit Tschechien geschlossenen Verträge mit Abtretungserklärungen für die Ostgebiete und das Sudetenland sind ungültig, da dazu die erst ab 1949 bestehende BRD als Teil-Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches nicht befugt war.

10. Die Zustimmung der Sieger von 1945 zur kleinstdeutschen Wiedervereinigung von BRD und DDR nur bei Verzicht auf die Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße und auf das Sudetenland ist Erpressung. Die Verzichtserklärungen der Regierungen von BRD und DDR, des Bundestages und der Volkskammer sind nach der Konvention über das Recht der Verträge vom 23.5.1969 Art. 52 nichtig (zusätzlich zu 2.).
11. Die tatsächliche Souveränität der BRD hat sich seit dem absoluten Nullpunkt des 8.5.1945 entwickelt bis zum 2+4-Vertrag 1990 mit dem Art. 7, Abs. 2: *„Das vereinigte Deutschland hat demgemäß seine volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“*. Aber diese Souveränität wurde durch das am 27./28.9.1990 vereinbarte Fortbestehen von Teilen des Überleitungsvertrages wieder eingeschränkt. Die Regierung der BRD erklärte: *„daß sie sämtliche Maßnahmen ergreifen wird, um sicherzustellen, daß die weiterhin gültigen Bestimmungen des Überleitungsvertrages auf dem Gebiet der gegenwärtigen DDR und in Berlin nicht umgangen werden“*. Insbesondere gelten weiter Art. 1, Abs. 1 bis einschließlich: *» Rechtsvorschriften dürfen weder aufgehoben noch geändert werden“*, weiter Art. 2, Abs. 1 (siehe Anlage A30) (BGBl. 1990, II, S. 25, 8.10.1990). Damit gelten die wichtigsten und meist völkerrechtswidrigen Erlasse der Besatzungsmächte weiter.
12. Der Rechtszustand der Streitkräfte der Sieger in der BRD entspricht immer noch dem von Besatzungen. Der einzige freie Teil der BRD ist das Gebiet der ehemaligen DDR. Zu dem 2+4-Vertrag und der Räumung der DDR durch ihre Truppen gab die UdSSR ihre Zustimmung nur, wenn im Gebiet der DDR nur deutsche Truppen und nur unter deutschem Befehl stehen.
13. Im Völkerrecht ist verankert, daß bei Friedensschlüssen

das Prinzip „Tabula rasa“ anzuwenden ist, zuletzt angewandt im Frieden von Frankfurt 1871 nach dem deutsch-französischen Krieg. Mit diesem Prinzip sind alle kriegsbedingten Ereignisse abgeschlossen und rechtlich nicht mehr anzusprechen. Da bisher kein Friedensschluß mit dem Deutschen Reich stattfand, bleibt die BRD als Teilrechtsnachfolger erpreßbar. Kriegsverbrecherprozesse gibt es immer noch und angebliche Kriegsverbrecher werden immer noch gefangen gehalten. Auch eine innerstaatliche Generalamnestie wurde vom Bundestag verhindert.

14. Die Feindstaatenklauseln Art. 53 und 107 der UNO-Satzung richten sich gegen Feindstaaten im 2. Weltkrieg und können nicht auf die BRD bezogen werden, da die BRD kein Kriegsteilnehmer war und erst 1949 auf Anordnung der westlichen Sieger entstand. Zudem verabschiedete die Generalversammlung der UNO im Jahre 1995 eine Resolution, in der die Feindstaatenklauseln als obsolet bezeichnet wurden.

27 Literaturverzeichnis

- Abetz, O., Das offene Problem, Köln 1951
- Adler, V., Der Sozialdemokrat, Wien 14, 1932, Nr. 6, S. 6
- Allen G., Die Insider, Preußisch Oldendorf, 2. Aufl. 1992
- Allen, G., Die Insider, I. 1971, Wiesbaden 1990
- Allen, M., Churchills Friedensfalle, Stegen am Ammersee 2003
- Asenbach, W. von, Adolf Hitler, Buenos Aires o. J.
- Auswärtiges Amt, Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918. Berlin 1924
- Auswärtiges Amt, Urkunden zur letzten Phase der deutsch-polnischen Krise 1939 Nr. 4, Dok.Nr. 16
- Auswärtiges Amt, Weißbücher Nr. 1 bis 8, Berlin 1939 - 1941, Viol 1995
- Bachmaier, P., Sutton, A., Deutschland in Geschichte und Gegenwart 41, H4, 1993
- Bachmaier, P., Deutschland in Geschichte und Gegenwart 41, 1993 H4
- Bacque, J., Der geplante Tod, Ullstein, 4. Aufl. 1989
- Bacque, J., Verschwiegene Schuld, Hamburg 1995
- Barnes, H. E., Entlarvte Heuchelei, Wiesbaden 1961
- Barnes, H., Die deutsche Kriegsschuldfrage, eine Rechtfertigung Barnes, H., Die Entstehung des Weltkrieges, Leipzig 1928
- Bauer, O., Protokolle der internationalen Sozialistenkonferenz, Wien 1921, In: Gerlach A. 1939, S. 24, 25
- Bavendamm, D., Roosevelts Weg zum Krieg, München 1983
- Bavendamm, D., Roosevelts Krieg 1937-45, München 1993
- Becker, F., Feldmarschall Mannerheims Aufklärungsergebnisse. In: Uhle-Wettler, Wagnis Wahrheit. Kiel 1989, S. 125
- Becker, F., Kampf um Europa, Stalins Schachzüge gegen Deutschland und den Westen, Graz 1991
- Becker, F., Stalins Blutspur durch Europa, Kiel 1995
- Becker, F., Huttenbriefe 15, 1997, Nr. 3
- Becker, F., Huttenbriefe 21, 2003 H 3,
- Becker, F., West-östliche Verschwörung gegen das Reich, Huttenbriefe 2, 1997, 8
- Becker, F., Zur Rechts- und Friedensordnung des Deutschen Reiches im Barbarossagebiet UdSSR, Huttenbriefe 16, 1998, Heft Juni-Juli
- Becker, F., Stalingrad - der verräterische Sieg, Huttenbriefe H4/5, 2001, 19, 5
- Becker, F., Das Komplott Churchill-Stalin, Huttenbriefe 22, 2004
- Below, N. v., Als Hitlers Adjutant 1937-1945, Mainz 1980